

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

68 (22.3.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 68

Montag, den 22. März 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag beginnt am heutigen Montag die große politische Aussprache zu den Genfer Verhandlungen. Zuerst wird vom Ministerpräsidenten eine Darlegung erfolgen.

Die Ergebnisse vom Volksbegehren sind erst Mitte der Woche zu erwarten. Es wird mit 8-9 Millionen Eintragungen gerechnet.

Die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen haben in Berlin begonnen.

Der vertrauliche Bericht des amerikanischen Botschafters in London an den Präsidenten Coolidge über die Lage in Europa nach den Genfer Verhandlungen erregt großes Aufsehen. England und Frankreich sind darin an den Pfändern gestellt.

Die holländische Kammer hat die Gesandtschaft Hollands am Vatikan gestrichen.

Wegen der Unruhen in Peking ist die chinesische Regierung zurückgetreten.

Chamberlain hat in London nach seiner Rückkehr aus Genf nicht sehr herzliche Begrüßung gefunden.

Der Reichspräsident in Köln

11. Köln, 21. März. Heller Sonnenschein über Köln! Die Stadt, vor allem Bahnhof, Dom und Rathaus und alle sonstigen staatlichen und offiziellen Gebäude sind von einem einzigen Fahnenmeer umwogen. Immer wieder rot-weiß, die Farben der Stadt, dazwischen mischen sich die rheinischen, preussischen und Reichsfarben: grün-weiß, schwarz-weiß, schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot. Die Gebäude um Bahnhof, Dom und Rathaus sind mit Guirlanden geschmückt. Kunstvolle Dekorationen aus Fahnenstücken, Teppichen und Blumen hängen von den Giebeln und Balkonen herab. Der Aufmarsch der Vereine und die Aufstellung des Publikums vollzieht sich in musterhafter Ordnung.

Die Scharen brauchen nicht lange zu warten. Ueber die wichtige Hohenzollernbrücke tollt der D-Zug mit dem Salonwagen des Reichspräsidenten über den Rheinstrom und hält pünktlich um 8,58 Uhr vor dem Empfangsraum. Die große Glocke des Domes erhebt ihre gewaltige Stimme, langsam und feierlich. Die Menschenmenge verstummt für einen Augenblick, und die Erinnerung steigt auf an jene unergiebliche Mitternacht vor dem Dome, wo diese gewaltige ehernen Stimme zum erstenmal über ein befreites Köln und über einen leider nur zum Teil befreiten deutschen Strom erschallte. Einige Augenblicke der feierlichen Andacht, dann heller Trommelwirbel. Die zahlreichen Musikkapellen fallen ein, Hurra-Rufe ertönen.

In der Begleitung des Reichspräsidenten befinden sich Staatssekretär Dr. Meißner, Major v. Hindenburg, die Reichsminister Dr. Marx, Dr. Brauns und Dr. Curtius, der preussische Ministerpräsident Braun, die preussischen Minister Severing und Hirtfelder, Reichspräsident Loebe, die Vizepräsidenten Dr. Bell und Kieher, Landtagspräsident Bartels, Generalkommissar Schmidt, vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete Ministerialdirektor Böhr und eine Anzahl höherer Beamten der preussischen und Reichsministerien.

Nach dem Verlassen des Zuges begab sich der Reichspräsident durch ein von Schulkindern gebildetes Spalier zu den Frankräumen des Hauptbahnhofes, wo ihm von dem Tochterchen des Kölner Oberbürgermeisters ein Blumenstrauß überreicht wurde.

Darauf begrüßten der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, und der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Adenauer, den Reichspräsidenten mit einer kurzen Ansprache. Bei dem Empfang waren zugegen der Kölner Regierungspräsident Graf Adelman, der Polizeipräsident, der Präsident des Landesfinanzamtes und die anderen Spitzen der Behörden.

Vom Hauptbahnhof erfolgte 9,15 Uhr die Abfahrt zur Regierung, wo der Reichspräsident Wohnung nimmt. Beim Verlassen des Bahnhofes spielte die Kapelle des Reichsbanners das Deutschland-Lied. In sämtlichen Straßen, durch die der Reichspräsident mit seiner Begleitung fuhr, bildete das Reichsbanner Spalier. Dahinter drängte sich Kopf an Kopf eine unübersehbare Menschenmenge, die beim Vorbeifahren der Autos immer wieder in stürmische Jubelrufe ausbrach.

Um 9,55 Uhr begab sich der Reichspräsident im Kraftwagen zum Rathaus, wo er sich in das Goldene Buch der Stadt Köln eintrug. Bei dieser Gelegenheit wurden dem Reichspräsidenten die Mitglieder der Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung durch den Oberbürgermeister vorgestellt. Es folgte dann eine Rundfahrt durch die Straßen der Stadt, die bei der Messehalle endigte. Auch auf dieser Fahrt wurde der Reichspräsident von

einer großen Menschenmenge immer wieder mit Jubel und Hochrufen begrüßt.

Im großen Saal der Messehalle begann um 11,15 Uhr unter der Anteilnahme aller Bevölkerungskreise die große vaterländische Kundgebung. Um einer großen Zahl Gelegenheiten zu geben, an der Kundgebung teilzunehmen, waren in der großen Messehalle und im freien Gelände der Messe Lautsprecher aufgestellt. Der große Saal der Messehalle war schon lange vor Beginn der Kundgebung bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor dem Podium hatten sich die Chargierten der Universität Köln und anderer Universitäten aufgestellt.

Im Hintergrund des Podiums hatten Abordnungen des Reichsbanners aus dem ganzen Reich Aufstellung genommen. An der Kundgebung beteiligten sich auch der bayerische Ministerpräsident Held, der badische Staatspräsident Trunk und der obenburgische Ministerpräsident v. Finckh. Unter den von der Stadt Köln geladenen Ehrengästen befanden sich die namhaftesten Vertreter des Wirtschaftslebens und der weltlichen und kirchlichen Behörden, unter ihnen der Kölner Erzbischof, Kardinal Schulte, Landeshauptmann Dr. Sorion, Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg und die Oberbürgermeister der großen rheinischen Städte, ferner die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Koblenz und Aachen, der Landeshauptmann von Westfalen, der Reichsbahndirektionspräsident, der Präsident des Landesfinanzamtes Köln, der Rektor der Universität Köln und viele andere.

Kurz nach 11,15 Uhr betrat der Reichspräsident mit seiner Begleitung den Saal. Bei seinem Erscheinen wurden ihm starke Ovationen dargebracht. Die Feier wurde eröffnet mit einem Orgelvortrag, dem Gesangsdarbietungen folgten.

Darauf ergriff Oberbürgermeister Dr. Adenauer das Wort zu folgenden Ausführungen: Es regnet vom grauen Himmel. Still hängen die Fahnen in der nassen Luft. Stille liegt auf dem Dom verjammelter Menge. Ernst und straff sind die Gesichter der Feldgrauen. Wehmut und Tränen stehen in den Augen der sich um sie Drängenden. Dankes- und Abschiedsreden werden gewechselt. Das Deutschland-Lied erklingt. Dann setzt sich das 371. Regiment in Bewegung. Das letzte deutsche Regiment zieht über den Rhein. Zum Himmel steigt Sang und Gebet zugleich: Herr, mach uns frei!

Am folgenden Tage begann unsere Gefangenschaft, unsere Leidenszeit. Die Engländer kamen. Sie rückten ein mit schmetterndem Spiel, mit wehenden Fahnen, vor denen der Deutsche den Hut zu ziehen gezwungen war, mit blinkenden Geschützen und wundervollen Pferden sich brüsten, in Ueberfülle von Menschen und Material. Unenträglich war der stolze Einzug der Sieger, unerträglich der triumphierende Klang ihrer Musik, schwer, unendlich schwer, was wir in den Jahren 1919 und 1920 unter der harten Last des Siegers litten. Tausende haben in diesen beiden Jahren in britischer Unterdrückung gelitten. Viele hundert Jahre Gefängnis sind von den britischen Gerichten über Köln verhängt worden. Dank allen, die Opfer gebracht haben. In Trauer und Freude aber wollen wir in dieser Stunde der nicht geringen Zahl von Männern, Frauen und Kindern gedenken, die ihr Leben gelassen haben unter britischer Besatzung. Auch sie sind für das Vaterland gestorben. Erst als im Laufe der Jahre die Engländer uns kennen lernten, änderten sich langsam und allmählich die Verhältnisse, aber sie blieben schwer genug. In der Zwischenzeit hatte man uns widerrechtlich mit einem Netz von Ordnanzen umspinnen, die Willkuren von Menschen im Herzen des demokratischen Europa aller Freiheiten beraubten und mit einem unerhörten physischen Druck belasteten. Es kam der Ruhrerbruch, durch die durch frühere Sanktionen schon geschädigte Wirtschaft des Kölner Gebietes bis ins Mark getroffen wurde. Es folgte der Versuch, uns loszureißen von Deutschland. Das ganze Rheinland, in Not und Gefahr zu einer Einheit zusammengeschweißt, befehlte nur ein Wille: niemals zu dulden, daß es losgerissen würde vom deutschen Vaterland. Wenn auch Köln selbst dank dem Verhalten der Besatzung frei blieb von separatistischen Unruhen, so daß es zur Zentrale des Widerstandes für das ganze Rheinland werden konnte, so war es doch auch für uns in Köln eine furchtbare Zeit. Wir haben gezittert für Heimat und Vaterland. Warum ich in dieser Stunde alles das sage? Nicht um zu hegen oder zu schmäheln. Nein, wir sind der Geschichte, wir sind uns selbst in dieser historischen Stunde Offenheit und Wahrheit schuldig, damit die ganze Welt es erkennt: Besetzung durch eine fremde Macht ist niemals ein Instrument des Friedens und der Verständigung. Sie hemmt die Verständigung und die Zusammenarbeit der Völker. So stark und innig ist das Band, das jeden Deutschen mit dem heiligen deutschen Strom verbindet, daß ihm die Besetzung des Rheinlandes Tag für Tag am Herzen fröhlich. Darum, wenn Ihr der Sache des Friedens in Europa dienen wollt, verstopft diese Quelle des Unfriedens und des Hasses. Räumt das ganze Rheinland.

Der Mai 1924 brachte in Frankreich den Umschwung. Es folgte London, Locarno, Genf. Und der Weg über London, Locarno und Genf zum Wiederaufstieg Deutschlands, ob er zur Befriedung und Wohlfahrt Europas führen wird? Nur die Zukunft kann es erweisen. So weit auch die Rückwirkungen von Locarno auf das besetzte Gebiet in unseren berechtigten Erwartungen zurückgeblieben sind, das eine steht fest: Ohne London und Locarno würden wir diese Feier noch nicht begehen können. Die Räumung der Kölner Zone ist ein Ereignis von historischer Tragweite. Sie bedeutet die endgültige Verneinung jener Rheinlandpläne, die über unser Land unsägliches Elend gebracht und Europa im Laufe der Zeit mit absoluter Notwendigkeit in einen neuen Krieg gestürzt haben würden.

Auch an diesem Freudentage vergessen wir nicht, daß noch viele Deutsche das hohe Gut der Freiheit entbehren müssen. Seid versichert, rheinische Landleute, daß wir Bewohner des befreiten Gebietes uns immer so eng mit euch verbunden fühlen werden wie in den vergangenen gemeinsam durchkämpften Jahren. Wir werden zu euch stehen, komme was kommen mag. Im Gefühl dieser Zusammengehörigkeit begrüße ich hier mit besonderer Freude unsere Leidensgenossen aus der 2. und 3. Besatzungszone, sowie die Vertreter der nichtpreussischen Länder am Rhein; insbesondere dem Herrn Ministerpräsidenten Held, dem Herrn Staatspräsidenten Trunk u. dem Herrn Ministerpräsidenten v. Finckh, den Vertretern Preussens und des Reiches, den Mitgliedern der Regierungen und der Parlamente rufe ich ein herzliches, dankerfülltes Willkommen zu.

Nach dem Oberbürgermeister ergriff der preussische Innenminister Severing das Wort. Er führte in seiner Rede folgendes aus: Der Rhein ist frei! Als diese Kunde in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar durch die Gänge Deutschlands drang, hat ihr Echo am nächsten Tage bewiesen, daß die Feier am Kölner Dom kein lokales Ereignis war. In diesem Augenblick war Kölns Freude Deutschlands Freude. Sinnfälliger noch tritt dieses Verbundenheit heute in die Erscheinung. Zum Feste Kölns ist nicht nur der Herr Reichspräsident, sondern auch die Vertreter der preussischen Staatsregierung entsandt, sondern die Vertreter aller deutschen Länder weilen heute bei den Kölnern und ihrer Feier. Im Unglück erprobt sich der Mann, erprobt sich der Kämpfer. Die Rheinländer waren Männer und Kämpfer von 1918 bis zum 31. Januar 1926. Und ich füge hinzu: Wenn, was verhütet werden möge, noch einmal solche Prüfungen dem Rheinlande und Köln auferlegt werden sollten, die Rheinländer werden auch in Zukunft Kämpfer sein. Für diese Treue danke ich den Kölnern und den Rheinländern ganz besonders. Wenn Gefahr drohte, dann haben unter Führung der Kölner die Vertreter des Rheinlandes ihre Treue zum Deutschen Reich und zu Preußen bewiesen. Nicht nur die Anwesenheit der Besatzungsmächte allein, sondern vor allen Dingen die durch die vermehrte Besatzung herbeigeführte Verschlechterung der Wirtschaftslage hat im Jahre 1923 hohe Anforderungen an die Nervenkraft und an den Patriotismus der Rheinländer gestellt.

Der Herr Oberbürgermeister hat soeben zutreffend hervorgehoben, daß Köln selbst vom Gespenst des Separatismus verschont blieb. Aber genau an dem Tage, an dem diese schöne Halle eingeweiht wurde, da mischte sich in den Jubel über dies Ereignis die bittere Nachricht, daß es in Aachen den Separatisten gelungen war, sich öffentlicher Gebäude zu bemächtigen, und in anderen Gegenden wurden die gleichen Versuche unternommen. Sie wären gelungen, denn die Separatisten standen offen und verdeckt im Bunde mit den Besatzungsmächten, wenn nicht die Treue der Rheinländer zu Preußen und zum Reich in diesen großen Tagen die sonderbündlerischen Bestrebungen zunichte gemacht hätten. Der Herr Oberbürgermeister hat soeben zutreffend hervorgehoben, was uns London, Locarno und Genf bringen wird. Wir wollen mit den ehemaligen Feinden in ein erträgliches Verhältnis kommen, wir wollen die Verständigung, wir wollen den Völkerrfrieden, und wenn der Eintritt in den Völkerrbund ein Mittel dazu ist, dann wollen wir in den Völkerrbund eintreten. Das ganze Deutschland sollte sich aber auch heute daran erinnern, daß die Rheinländer, die heute frei sind, und noch mehr die Rheinländer, die noch unter der fremden Herrschaft zu leiden haben, für Deutschland gelitten haben, und daß es die Pflicht aller deutschen Länder ist, die Tränen derer zu trocknen, die heute noch in den Gefängnissen sitzen. Ich kann Ihnen das Versprechen geben, daß die von mir in Aussicht gestellte Hilfe schon in den nächsten Tagen einen finanziellen Beigeschmack bekommen wird. So wollen wir zusammenhalten als Rheinländer, als Preußen und als Deutsche, und gerade heute dürfen wir uns daran erinnern, daß auf trübe Tage auch wieder Sonnenschein folgt.

Darauf ergriff Hindenburg das Wort. Der Reichspräsident führte aus: Hochansehnliche Festversammlung! Lassen Sie mich zunächst Ihnen, Herr Oberbürger-

meister, herzlich danken für die freundlichen Worte des Willkommens, die Sie namens der Stadt Kölns an mich gerichtet haben. Ebenso danke ich von Herzen für die warme Begrüßung, die mir auf dem Wege hierher von allen Teilen der Bevölkerung in so reichem Maße zuteil geworden ist. Ich empfinde in den freudigen Zurufen der Kölner Bevölkerung und des Volkes am Rhein nicht so sehr die Ehrung meiner Person als vielmehr das jubelnde und laute Bekenntnis zum Reich und die Aeußerung der Genugtuung darüber, daß die Rückkehr in die Freiheit heute gemeinsam mit den Vertretern des Reiches und des preußischen Staates, Bayerns, Badens und Oldenburgs in vaterländischer Feier begangen werden kann. So grüße ich denn in dankender Erwiderung für dies Willkommen das Rheinland und insbesondere das „große heilige Köln“, die altehrwürdige und machtvolle Stadt, die so viel geschichtliche Erinnerung, so viel Kunst und so viel tatkräftigen Bürgerinn in sich vereint, mit dem Wunsche, daß ihr nach den Jahren der Not und des Niedergangs eine Zukunft beschieden sei, die den ruhmreichen Jahren ihrer Vergangenheit ebenbürtig ist. — Für jedes Deutschen Herz war es ein bitteres Gefühl, das urdeutsche Land am Rhein, diese Wiege deutscher Geschichte und deutschen Volkstums, durch künstliche Schranken körperlich und geistig von uns getrennt in Händen fremder Besatzung zu wissen. Uns allen ist der Rhein ein Sinnbild großer deutscher Vergangenheit, ereignisreicher deutscher Geschichte. In dem Lande, das er durchfließt, sehen wir in Erinnerungen aller Art das Spiegelbild des Werdeganges unseres Volkes: Hier wurden die deutschen Könige und Kaiser gekürt und gekrönt; hier lebten und wirkten die ersten großen deutschen Meister der Dichtung, der Malerei und der Baukunst; hier zuerst entfaltete sich freier Bürgerinn zu Selbstverwaltung und Selbstbehauptung im Bitterwar der Zeit. Dieser naturbegünstigte und kulturgefährte Boden hat auch der Kämpfe gar viele gesehen; kein Stromgebiet ist mehr umstritten worden als das des Rheines, und mehr als einmal hat dieser Kampf um den Rhein den Werdegang unserer Nation beeinflusst. Im Rahmen der Geschichte erscheint der Rhein uns als unser Schicksalsstrom; oft ist er ein leuchtendes Sinnbild deutscher Kraft und Größe, oft aber auch ein dunkles Bild deutschen Leides, dann nämlich, wenn unser alter Erbfeind, die Uneinigkeit, die deutsche Stärke lähmte. So fühlt sich jeder Deutsche, welchen Stammes er auch sein mag, in Herz und Gemüt mit dem Rheine eng verbunden, und was Ihnen in den letzten Jahren hier geschah, haben wir alle als nationales Unglück mit Ihnen getragen und in tiefer Seele mit Ihnen empfunden. — Wenn wir, die berufenen Vertreter des Reiches, des preußischen Staates und anderer deutscher Länder mit Ihnen, den Bürgern der Stadt Köln und ihren Gästen aus dem Lande heute hier gemeinsam unsere Freude darüber bekunden wollen, daß nun einem Teile des Rheinlandes die Freiheit wiedergewonnen wurde, so fordert doch zugleich in uns mahnend die Erinnerung an das deutsche Leid jüngster Vergangenheit ihr Recht.

Schmerzlich bewegt denken wir unserer Brüder im übrigen Teile dieses sonst eine stolze Einheit bildenden Landes, die noch weiterhin die Last fremder Besatzung tragen müssen; wir grüßen sie treuen und dankbaren Herzens in der Hoffnung, auch mit ihnen bald in Freiheit wieder vereint zu sein. Warmen Herzens und in unauslöschlicher Dankbarkeit denken wir in dieser Stunde aller, die in der schweren Not der vergangenen Jahre Leben, Freiheit und Heimat hingaben oder aufs Spiel setzten, um nicht dem Vaterland und seiner Ehre untreu zu werden. Auch das soll unvergessen bleiben, daß das Rheinland in Stunden eigener bitterster Not die Reichsregierung immer wieder gebeten hat, die politischen Entscheidungen ohne Rücksicht auf das besetzte Gebiet nur nach Maßgabe der Gesamtinteressen des Reiches und im Hinblick auf Deutschlands Zukunft zu treffen. Alle diese Opfer sind nicht vergeblich gebracht worden; sie haben der Welt gezeigt, daß das Volk am Rhein fest und unbeugbar seine Volksgemeinschaft behauptet; sie haben die Vaterlandsliebe des ganzen Rheinlandes im Feuer der Not gestählt und gehärtet, und sie haben durch ihre vorbildliche Geschlossenheit in Kampf und Gefahr die Einheit, die uns allen so nützlich, gefördert und gestärkt. — In dem schweren Erleben der letzten Jahre hat uns der waffenlose Kampf, den deutsche Männer und Frauen an

der Ruhr wie am Rhein um ihr Deutschtum, um ihr Recht und ihre Freiheit kämpften, die tiefe Ueberzeugung gegeben, daß Deutschlands Sendung noch nicht erfüllt ist und sein Weg nicht im Niedergang endet. Wie sie, die diesen Kampf so tapfer bestanden, wollen wir uns alle zu diesem Glauben an deutsche Zukunft bekennen, die das Land am Rhein wieder in Freiheit mit dem übrigen Deutschland kraftvoll vereint. Und weiter lassen Sie uns hoffen, daß das deutsche Volk auch über den inneren Zwist und die Fehde des Tages hinweg durch einen neuen Geist brüderlichen Verstehens emporgetragen werde zur Einheit und zu starkem gemeinsamen Empfinden seines Volkstums. Hierzu beizutragen wollen wir geloben, indem wir rufen: Deutschland, unser teures Vaterland, es lebe! Hurra! Hurra! Hurra!

Die Rede wurde zeitweise minutenlang durch starken Beifall und Händeklatschen unterbrochen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichspräsidenten wurde von den Festteilnehmern begeistert das Deutschlandlied gesungen. Die Kundgebung ist durch die Elberfelder Funkstelle auf alle deutschen Sender übertragen worden. Nach Schluß des Festaktes begab sich der Reichspräsident, überall mit Jubel begrüßt, nach der Osthalle, wo mehrere Männerchöre sangen. Anschließend erfolgte die Abfahrt zur Rasinogesellschaft, wo um 1 Uhr im engsten Kreise ein Frühstück eingenommen wurde. Der Oberpräsident hielt hierbei eine kurze Ansprache. Von hier begab sich der Reichspräsident um 3 Uhr in sein Quartier und empfing dort eine Reihe leitender Staatsbeamten. (Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag

Ausprache über das Wirtschaftsprogramm der Regierung

Berlin, 19. März

Nach der bereits gemeldeten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius sprach

Abg. Simon-Frauen (Soz.) hält dem Reichswirtschaftsminister vor, es habe die ihm gestellten Aufgaben nicht erfüllt. Die Handelspolitik sei zu einem großen Fiasko geworden. Eine Schuld der deutschen Regierung liege in dem Versuch, die deutschen Eisenwerke im Interesse der Schwerindustrie aufrecht zu erhalten. Das Sinken des Großhandelsindex sei auf das Sinken des Roggenpreises zurückzuführen. Das sei aber nicht das Verdienst der Regierung, sondern die Folge der guten Ernte. Auch die Produktion werde durch die hochbezahlten Stellen verteuert. In 256 Aktiengesellschaften stieg die Beschäftigung um 1,8 Prozent, die der leitenden Personen dagegen um 62 Prozent. Der neue deutsche Tarif habe 40 Generaldirektoren und 43 Direktoren nicht Abbau der Löhne sei notwendig, sondern Abbau des neuen Verwaltungsapparates in Banken und Industrie. Der Redner erkennt zum Schluß an, daß die Anzeichen des Wiederaufschwungs deutlich zu erkennen sind. Es sei zu hoffen, daß die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit zurückgehen werde.

Abg. von Stauffenberg (Dn.) protestiert im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vereinigung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium.

Abg. Meier (Dem.) sieht die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der desuntenen Kaufkraft der Bevölkerung und verlangt bei Besetzung der Preisstreikverordnung schärferes Vorgehen gegen die Preisstatur der Kartelle und Landbauvereinigungen.

Abg. Dr. Deffauer (Ztr.) hält ebenfalls eine Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung zur Befreiung der Wirtschaftskrise für erforderlich.

Abg. Könen (Komm.) macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie die Sozialisierungsforderung längst preisgegeben hätten und bezeichnet den Arbeitsminister Brauns als schlimmen Sozialreaktionär, der auf der Londoner Arbeitslosenkonferenz so ar die Forderungen der christlichen Gewerkschaften verlesene.

Abg. Hennig (Woll.) warnt vor einer Zusammenlegung des Ernährungsministeriums, während Abg. von Raumer (D. Vp.) sich für dieselbe ausspricht. Darauf wurde die Beratung abgebrochen und der Haushalt des Reichstages ohne Debatte in zweiter Beratung bewilligt.

Am Samstag wurde die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Raab (Bayer. Vp.) wendet sich gegen Auswüchse beim Kartell- und Sanktionswesen. Leider müßten bei den Handelsverträgen viele Konzessionen nach außen gemacht werden.

Abg. Krähig (Soz.) bedauert die Ankündigung des Wirtschaftsministers, daß gegenüber den englischen Bestrebungen, den deutschen Export zu droheln, Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius stellt fest, daß der Etat durch die Handelsverträge gestiegen ist. Er weist die Behauptung zurück, als ob die Arbeitslosigkeit wegen der Verschleppung der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich entstanden sei. Diese Verhandlungen seien sehr schwierig wegen der grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich, wegen der französischen französischen Handelsverhältnisse und wegen der französischen Währungsverhältnisse. Trotz dieser Schwierigkeiten sei ein Fortschritt zu verzeichnen. Der Minister weist darauf hin, daß auch hinsichtlich Polens die deutsche Regierung keine Schuld treffe. Nach in diesem Monat werden neue Verhandlungen mit Polen eröffnet. Die Engländer haben die Verpflichtung übernommen, keine Zölle einzuführen, die uns besonders abträglich sind. Nach dem neuen englischen System steht aber die ganze Vertragsbasis im Begriff, sich zu verschieben, jedoch ist notwendig sein werden, ein Schiedsgerichtsverfahren einzuführen. Der Minister hebt hervor, daß wir mit dem bisherigen System der Verhandlungen keine schlechten Erfahrungen gemacht haben und daß wir zunächst daran festhalten müssen. Der Minister teilt weiter mit, daß an dem endgültigen Zolltarif weiter gearbeitet werde, daß er aber nicht in Aussicht stellen könne, daß er noch in diesem Jahr vorgelegt werden würde. Den Vorschlag, die Regierung solle die Finanzierung des Exports in die Hand nehmen, lehnt der Minister ab, ebenso die vom Zentrumseiner empfohlene starke Einfuhr ausländischer Kapitalien. Im letzten Jahre haben wir eine Luxuseinfuhr von 852 Millionen gehabt. Den größten Teil daran habe der Kaffee. Dann kommen Tafelrüben und dann Kakao. Die Landwirtschaft leide in erster Linie an ihrer kurzfristigen Verschuldung. Eine Erhöhung der Zölle müsse aber abgelehnt werden.

Von der Reichspost

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Reichspostminister Stigl einen Gesamtüberblick über die Verkehrs- und Wirtschaftslage der Reichspost. Mit der zunehmenden Krise der allgemeinen Wirtschaft sei auch die Lage der Reichspost ungenügender geworden. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung des Postkraftwagendienstes zugewandt. Gegenwärtig bestehen im Ueberlandverkehr mehr als 1200 Linien. Die Zahl der Kraftfahrzeuge und sonstiger Personenwagen beträgt über 2700. Der Flugpostdienst wird weiter ausgebaut, besonders der Nachtflugverkehr gefördert. Die Zahl der Poststellen ist von 121 000 im Jahre 1924 auf 857 000 im Jahre 1925 gestiegen. Zurzeit beschäftigt sich die Reichspost mit einer durchgreifenden Umgestaltung des gesamten Telegraphenbetriebes, um die neuesten technischen Einrichtungen nutzbar zu machen und die Wirtschaft zu heben. Die Telegraphie arbeitet jetzt mit Unterbilanz. Das Fernsprechwesen befindet sich auch jetzt noch in einer Aufwärtsentwicklung. Ende Januar belief sich die Gesamtzahl der Sprechstellen, Haupt- und Nebenanschlüsse auf über 2,5 Millionen. Die Frage einer Tarifänderung wird zurzeit im Ministerium geprüft. Das Postwesen entwickelt sich in rasch aufsteigender Linie. Die Zahl der Rundfunknehmer hat bereits im Dezember die erste Million überschritten. Es sind zurzeit 19 Sender im Betrieb. In Baden soll demnächst ein weiterer Sender aufgestellt werden. Die im besetzten Gebiet noch bestehenden Schwierigkeiten werden nach Möglichkeit beseitigt. Der weitere Ausbau der Zugtelefonie ist im Gange. Deutschland ist das erste Land, das eine derartige Nachrichtenvermittlung eingerichtet hat. Im Auslandsverkehr sind auf allen Gebieten Fortschritte zu verzeichnen. Nach dem Stande vom 31. Januar 1926 waren beschäftigt 251 307 Beamte im Hauptamt sowie 41 829 außerhalb des Beamtenverhältnisses. Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge wurde alles getan, was nach Maßgabe der vorhandenen Mittel möglich war. Die Entwicklung der Postbeamten im letzten Jahre ist nicht befriedigend. Nach dem Stande vom 1. Januar weisen die Einnahmen gegen das Einnahmefuß einen Rückstand von 16 Millionen Mark auf. Das durchschnittliche Ausgabefuß ist bis jetzt um einige Millionen überschritten. Zurzeit ist die Finanzlage der Reichspost sehr gespannt. Ob es möglich sein wird, das Jahr 1926 ohne Fehlbetrag abzuschließen, bleibt noch abzuwarten. Die Personalausgaben sind um 2,2 Prozent gestiegen, die Betriebs- und Sachausgaben um 37,6 Prozent, die persönlichen Kosten betragen 58,7 Prozent der Betriebsausgaben. Die Beförderungsverhältnisse der höheren Beamten sind geradezu trübselig.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Borchart.

68. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Zunächst sollte ich eine Ueberraschung erleben, die ein Zufall mir bereitet. In meiner Kabine fand ich nämlich ein altes Zeitungsblatt, das ich aus Langerweile in dem ewigen Einerlei einer Seefahrt von A bis Z durchlas. Mein Blick blieb wie gebannt auf einer Notiz, die vielmehr auf einem regelrechten Aufruf klangen, und dieser galt keiner geringeren, als meiner Person. Man forschte nach dem Majoratsverben von Stolzenau, da der Onkel gestorben war. Ich war zuerst ganz verblüfft, dann packte mich eine unheimliche Freude, auf diese Weise in allernächster Nähe des Freundes zu kommen, sein Gutsnachbar zu werden.

Mit gespannten Segeln ging es heimwärts. Meine Gedanken flogen voraus. Niemand kannte mich auf dem Schiff, da ich unter dem Namen reiste, den ich schon bei der Hintreise angenommen hatte, und ich gab mich auch jetzt keinem zu erkennen.

In Genua verließ ich das Schiff und reiste per Bahn weiter, nur hier und dort eine kleine Rast machend. In Berlin nahm ich Quartier, und von hier aus machte ich mich auf den Weg nach A., der Stolzenau zunächst gelegenen größeren Stadt, wo der Rechtsbeistand des Onkels, Justizrat Braun, der auch den Aufruf erlassen hatte, wohnte. Ich wollte mich ihm zunächst vorstellen, meine Papiere prüfen und beglaubigen lassen und die Regulierung der Erbschaftsangelegenheit dann auf Gerolstein abwarten.

Da ich spät ankam und den Justizrat erst am nächsten Tage ausfinden konnte, setzte ich mich in das Gastzimmer und ließ mir das Abendbrot servieren. An einem Nebentische saßen mehrere Herren, die ich für Rittergutsbesitzer der Umgegend hielt, und da wurde ich unfreiwilliger Zeuge eines Gesprächs, das mich bis auf den Grund meiner Seele erschütterte und alle meine anfänglichen Pläne über den Haufen warf.

Ich erfuhr, daß ein jüngerer Vetter von mir, den ich persönlich nicht kannte, das Majorat an meiner Stelle

übernommen hatte, und — daß mein Freund Günter von Gerolstein — nicht mehr am Leben war. Was bei dieser Nachricht in mir vorging, davon laßt mich schweigen. In meinem Schmerz und tiefster Trauer achtete ich nicht weiter auf das Gespräch, bis ich einige Worte auffing, die, wie ich annahm, Günters Hinterbliebenen galten. Nun wurde ich wieder aufmerksam, und was ich hörte, ergriff mich tief, und ich dankte den Männern, die ohne es beabsichtigt zu haben oder gar von unedlen Motiven geleitet zu sein, mir einen so tiefen Einblick in die hiesigen Verhältnisse gestatteten, daß ich schon in jener Stunde zu einem Entschluß kam, der, so abenteuerlich er auch scheinen mochte, doch die einzige Möglichkeit war, einen Freundschaftsdienst zu verrichten, den mir einst Günter von Gerolstein geleistet hatte.

Es war mir nach dem Gehörten klar, daß sie meiner bedürftigen, in zweifacher Hinsicht, und ich wollte ihnen helfen. Nur über das Wie war ich zuerst im Zweifel. Als Majoratsverben von Stolzenau, als Freund des verstorbenen Grafen Gerolstein und als Vormund seiner Kinder hatte ich wohl eine gewisse Macht, aber nicht die, die notwendig war, um mein Ziel vollständig zu erreichen. Nach dem, was ich von den Herren erfahren hatte, mußte ich, daß die junge, leidende Gräfin, die sich bisher geweigert hatte, einen Spezialarzt zu Rate zu ziehen, mich weder als ihren Arzt betrachten noch konsultieren würde; auch mußte ich ihr Leiden aus nächster Nähe in steter Beobachtung kennen lernen, um die richtige Diagnose stellen und Heilung schaffen zu können. Was die Erziehung der Knaben anbetraf, so mußte ich ebenfalls nach dem Gehörten, daß ich in der Gestalt des Grafen Stolzenau nicht das wirken und für Eberhards Erziehung tun konnte, was ich wollte und wünschte. Da fachte ich den abenteuerlichen Plan, als Hauslehrer nach Gerolstein zu gehen. Daß da gerade Mangel an einem solchen war, hatte ich gleichfalls aus dem Gespräch der Herren entnommen. Ich war so erfüllt von diesem Plan, daß ich darüber das andere vergaß. Offen gesagt, hatte mich der Gedanke, von nun an auf der Klippe zu sitzen, in Ruhe meinen Kopf zu bauen und keine großen Aufgaben und Ziele vor mir zu haben, schon bedrückt. Mein unruhiger Geist ist eben nicht dazu ge-

schaffen. Nun sah ich ein Ziel mit interessanten, lohenden Aufgaben vor mir, und darüber ließ ich einweilen das Majorat schießen. Ob ich einige Monate früher oder später in den Besitz kam, war mir vollständig gleichgültig.

Ich suchte also, da ich unerkannt bleiben wollte, den Justizrat nicht erst auf, sondern fuhr kurz entschlossen nach Berlin zurück. Hier hörte ich mit Hilfe des Dreßbuches einen ehemaligen Schulkameraden auf, der, wie ich mich erinnerte, vor seiner Anstellung als Oberlehrer lange Jahre als Hauslehrer gewirkt hatte. Ich weihte ihn in meinen Plan ein und bat ihn, mir meine Hauslehrerzeugnisse zu überlassen. Er trat erst Bedenken, gab sie mir dann aber doch.

So meldete ich mich mit den Zeugnissen Kurt Seegers bei meinem Vetter Aribert, der mit dem Majorat auch die Vormundschaft über die Gerolsteiner Knaben an meiner Stelle übernommen hatte, und da die Hauslehrerstelle gerade einmal wieder vakant war, wurde ich sofort angenommen.

Mit lühnem Mut trat ich bald darauf auf Gerolstein ein. Zwar war ich aus den Schulwissenschaften schon etwas heraus und mit den neuen Lehrplänen nicht vertraut. Dank des wirklichen Seegers Hilfe, der mich mit Büchern und Ratsschlägen reichlich verlorste, und meinem eifriger Studieren konnte ich meine Rolle durchzuführen, trotz der Schwierigkeiten, die mir von einem meiner Jüngerlinge — ein niedriger Bild traf Eberhard — „bereitet wurden. Nun, willkommen geheißen wurde ich gerade nicht.“ Er lächelte. „Das hatte ich auch nicht erwartet; aber die vielen Schwierigkeiten und Feindseligkeiten, denen ich begegnete, machten mir meine Aufgabe nur reizvoller. Der fürsichtige, unbändige und so hübsche, frische Knabe gefiel mir, ich loh ihm in mein Herz. Ich wollte ihn lehren, den Menschen in mir zu achten, sich meiner moralischen Kraft unterzuordnen. Darum mußte ich als einfacher Hauslehrer zu ihm kommen und nicht als Graf Stolzenau, der ihm ebenbürtig war. Und daß es mir gelungen ist, das hast du mir bewiesen, Eberhard. Ich habe nicht umsonst um dich gekämpft.“

(Fortsetzung folgt.)

Die elsässische Frage

In der „Revue Universelle“ veröffentlicht Marcel Chamade einen Artikel über: „Die französische Krise“, in dem er sich eingehend mit der elsässischen Frage befaßt. Er sieht in ihr einen Bestandteil der Krise, die Frankreich zuteil wird, betrachtet sie scharf unter dem außenpolitischen Gesichtswinkel und sucht nachzuweisen, daß Frankreich seinem internationalen Prestige an dem Tage einen nicht wieder gutzumachenden Schlag versetzt würde, an dem es sich als unfähig erweisen sollte, die Seele des elsässischen Volkes zu gewinnen.

Es gibt eine elsässische Gefahr, schreibt Marcel Chamade. Man schweigt über sie; sie besteht trotz dieses Schweigens, „erreicht einen unglaublich gefährlichen Grad und hat den Charakter einer unmittelbaren Bedrohung.“ Frankreich fand nach dem Kriege ein Land vor, das sich seines neuen Schicksals freute, aber auf seine Freiheiten nicht verzichten wollte. Man hat diesem mit Recht an seinen Freiheiten selbsthaltenden Volke schöne Versprechungen gegeben, aber eine ganz verschleierte Politik verfolgt. Der Verfasser des Artikels schreibt hierüber folgendes:

„Man jandte Durchschnittebeamte in das Land und traf die Wahl nicht nach ihren Kenntnissen, sondern nach der Schwere ihrer parlamentarischen Beziehungen; beinahe alle waren der Landessprache unfähig und trieben statt Verwaltung Politik. Und was für eine Politik! Sie machte sich mit Eifer daran, die Elsässer als Verdächtige, als Bürger zweiten Ranges zu behandeln, und bezogen, wahrheitsgemäß als Belohnung dafür Gehälter, die zweimal so hoch waren, als die der einheimischen Beamten. Einem Land, das mit einem weitaus moderneren, billigeren und rascher arbeitenden Verwaltungsapparat ausgestattet war, und von welchem man unzählige Male hätte lernen können, verfuhrte man ganz brutal eine Assimilationspolitik auszuüben, die einem Rückschritt gleichkam. Das Elsass mußte auf. In der Schule, in der Eisenbahn, im Gerichtswesen, nirgends wurde ein zu maßender Irrtum vertrieben.“

Marcel Chamade schildert dann das Ergebnis dieser ungeschicklichen Politik:

„Eine autonomistische Bewegung entwickelt sich mit einer unheimlichen Schnelligkeit und läßt in erster Linie neben zahlreichen anderen Elementen, die gesamte elsässische Beamtenschaft, den ganzen Verwaltungsapparat des Landes in Opposition gegen uns sich erheben. Weich man das eine autonomistische Zeitung, deren Vertrieb man verboten hat, „Die Zukunft“, bei ihrer Nummer 28 rund 25 000 Abonnenten um sich gruppiert? Weich man, daß die autonomistische Bewegung organisiert und bereit ist, die Macht zu ergreifen? Weich man, daß ihr Exekutivkomitee funktioniert? Und was wird man tun an dem Tage, an dem Deutschland in seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes, kraft der Rechte, die es besitzt, die elsässische Frage vor dem Völker Rat bringen wird?“

Ueber die autonomistische Bewegung urteilt der Verfasser des Artikels ganz anders als gewisse französisch gefärbte Blätter Elsass-Vorbringen, die die autonomistische Bewegung dadurch diskreditieren zu können glauben, daß sie behaupten, es stehe hinter ihr deutscher Einfluß. Marcel Chamade lehnt derartige Verdächtigungen kategorisch ab:

„Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die autonomistische Bewegung von deutschen oder germanophilen Elementen geführt wird. Gewiß, es befinden sich solche darunter, aber neben einer erdrückenden Ueberzahl wahrer Elsässer, die durchaus nicht deutschfreundlich und nicht antifranzösisch gesinnt sind, aber enttäuscht darüber, daß sie in ihren Interessen geschädigt und nun so weit sind, daß sie die Autonomie als das geringere Uebel ansehen. Die katholische Partei ist gezwungen, zu folgen, wenn sie ihre Kundenschaft nicht verlieren will. Erwägt man ferner, daß viele Leute, die durch den Zusammenbruch des Franzosen ruiniert worden sind, die Befürchtung hegen, ein zweites Mal durch den Zusammenbruch des Franzosen ruiniert zu werden, dann wird man begreifen, weshalb die Finanzkrise in Bezug auf das Elsass für Frankreich die schwersten Folgen zu haben droht. Es darf keine Minute mehr vergehen, wenn man der Gefahr vorbeugen und einen in kürzester Frist drohenden Verlust Elsass-Vorbringens abwenden will.“

Die außenpolitischen Folgen zeichnet Chamade wie folgt:

„Wir haben im Rheinland, an der Ruhr und in der Saar Fiasko gemacht; unser Prestige hat einen harten Schlag im ganzen Orient und namentlich in Syrien erlitten. Wenn wir jetzt noch die Partei im Elsass verlieren, ist unser Schicksal entsetzlich. In den Augen Europas und der Welt sind wir dann eine verurteilte Nation, die den Beweis ihrer Unfähigkeit erbracht hat, moralisch und politisch minderwertig, eine Nation, die reif ist, unter Vormundschaft gestellt zu werden.“

Deutschland.

Partei Führer beim Reichstanzler

Berlin, 20. März. Reichstanzler Dr. Luther empfing Samstag vormittag in Anwesenheit des Reichsaussenministers Dr. Stresemann die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken, Dr. Breitscheid und Wels und um 12 Uhr mittags den Abgeordneten Graf Westarp (Dnl.). Den Parteiführern wurde ein eingehender Bericht über die Vorgänge in Genf gegeben. — Die nächste Volltagung des Reichstages findet erst am Montag statt. Auf der Tagesordnung stehen nur Fragen des kleinen Wohnungsbaues. — Die Meldung von einem Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist unrichtig. Reichstanzler Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann werden mit ihrem Bericht am Montag sofort vor das Plenum des Reichstages treten.

Ausland.

Beschlüsse der Londoner Arbeitseinkommenskonferenz

London, 20. März. Das Arbeitsministerium veröffentlicht die Beschlüsse der internationalen Arbeitseinkommenskonferenz über die Auslegung des Washingtoner Abkommens. Danach soll Art. 1 der Washingtoner Konvention über die 48 Stunden-Woche auf alle industriellen Unternehmungen bezogen, ganz gleich, wieviele Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Unternehmungen, in denen nur Mitglieder derselben Familie arbeiten. Der eigentliche Post-, Telegraphen- und Telephondienst soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen, dagegen die Instandhaltung und Ausbesserungsarbeiten. Zu Art. 2 ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während deren die Beschäftigten zur Verfügung

des Arbeitgebers stehen. Zu Art. 6 b wurde vereinbart, daß die Höchstgrenze der Ueberstundenzahl durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. Bezüglich der Entlohnung der Ueberstunden wurde beschlossen, daß die in Art. 6 vorgegebene Mindestzulage von 25 Prozent obligatorisch ist. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf 5 Tage zu verteilen, oder in zwei Wochen auf 11 Tage, ist statthaft. Bezüglich der Eisenbahnbetriebe wurde beschlossen, daß diese dem Abkommen unterliegen. Falls die Bestimmungen der Art. 5 und 6 a den Bedürfnissen der Eisenbahn nicht entsprechen sollten, wird eine notwendige Ueberstundenzahl erlaubt. Zu Art. 14 wurde beschlossen, daß jede Regierung verpflichtet ist, den Art. zur Durchführung des Abkommens in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden, von Großbritannien unter Vorbehalt, daß die Bestimmungen des Art. 14, der die Ueberstundenzahl der 48-Stundenwoche regelt, nur im Falle einer Krise anzuwenden ist, die die nationale Wirtschaft deartig in Mitleidenenschaft zieht, daß sie die Existenz des ganzen Volkes bedroht, nicht aber bei Krisen, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährden.

Der Völkerbundstreit im amerikanischen Lichte

London, 20. März. Wie die „Times“ aus Washington melden, wurde dort Houghtons offizieller Bericht an die Unionregierung veröffentlicht. Dieser lautet: Der europäische Kontinent hat, soweit seine Staatsmänner in Betracht kommen, nichts vom Kriege gelernt. Der Völkerbund geht einer Erneuerung der Allianz von 1915 entgegen mit dem ungeheuren Unterschied, daß er keine 40 Jahre Ruhe in Europa garantieren kann. Frankreich ist der Führer dieser Bewegung, mit der Beihilfe gewisser Mächte und unter Mithilfe der widerstrebenden britischen Regierung. Diese widerstrebt, weil die britische öffentliche Meinung sich energisch nach der entgegengekehrten Richtung wendet und doch sei es nach Chamberlains Meinung unvermeidlich, weil die englische Korporation mit Frankreich im Nahen Osten und anderwärts wünschenswert sei. Die Mächte des europäischen Kontinents wünschen nicht aufrecht abzurücken und wünschen keine amerikanische Teilnahme an ihren Unternehmungen. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf wird, wenn sie überhaupt stattfindet, Vorschläge beraten, über welche eine Einigung weder gewinnhaft noch erwartet wird und die unentzerrlich gemacht worden sind, um das Scheitern der Konferenz sicherzustellen.

Die Sozialisten gegen Briand

Paris, 20. März. Die Lage des Kabinetts Briand ist durch eine Rundgebung der französischen Sozialistischen Partei gefährdet, in der die Partei den französischen Arbeitern erklärt, sie sei bereit, die Macht zu übernehmen. Dies ist an sich natürlich unmöglich, da die Partei nur über 94 von 602 Sitzen in der Kammer verfügt. Nichtsdestoweniger ist die Rundgebung geeignet, die Uneinigkeit im Lager des Linksbundes zu erhöhen und das Kabinett Briand abhängig von der Rechtsopposition zu machen.

Vor der französischen Heeresreform

Paris, 20. März. Vor dem Kammertag für Heeresangelegenheiten hat Kriegsminister Painlevé über die Heeresreformvorlage, die er am Montag einbringen wird, Erklärungen abgegeben. Er betont, die Heeresreform sei als Uebergang zur einjährigen Dienstzeit eine solche von 16 Monaten vor. Die Armee werde sich nach Durchführung der Reform auf 20 Divisionen stellen, darunter 4 Kolonialdivisionen. — Auf eine Anfrage Renaudis, ob Abgeordnete des linken Krims im Begriffe ständen, mit französischen Vertretern zwecks Einleitung von Friedensverhandlungen zusammenzutreffen, entgegnete Painlevé, er könne auf diese Frage nicht direkt antworten.

Mitritt des chinesischen Kabinetts

Neuroi, 20. März. Aus Anlaß der letzten Studenten demonstrationen hat das chinesische Kabinett seinen Rücktritt erklärt. — In Peking wurde der Ausnahmezustand erklärt. Die Regierung befiehlt die Verhaftung der kommunistischen Rädelsführer und Universitätsprofessoren. Viele sind geflohen. Die Zeitungen sind unter Zensur gestellt.

Zuspühung der türkisch-griechischen Beziehungen

Paris, 20. März. Wie dem „Neuroi Herald“ aus Konstantinopel gemeldet wird, haben sich die türkisch-griechischen Beziehungen durch eine Anordnung der Regierung in Ankara, das Vermögen der Griechen in Konstantinopel zu beschlagnahmen, außerordentlich verschärft. Die Zahl der betroffenen Griechen in Konstantinopel beträgt 50 000.

Aus Baden

Badischer Landtag

Das Lehrerbildungsgesetz

Karlsruhe, 19. März. Dr. Baumgartner eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzungsperiode. Ministerialrat Dr. Arnberger beantwortete eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Matthes (D. Bd.) betr. die Hausammlung der Ortsgruppe Konstantin des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold dahin: Die Sammlung hat das Konstanzer Bezirksamt in eigener Zuständigkeit erteilt. Es handelt sich um keine Sammlung zu politischen Zwecken, was das Ministerium des Innern selbständig wäre. Die Ziele des Reichsbanners sind nicht politische Art, sondern vaterländische. Es bezweckt den Schutz der heutigen Staatsform und Verfassung und muß deshalb als eine überparteiliche nationale Organisation angesehen werden. Zu einer Zuzählung der Sammlungsleiter liegt kein Anlaß vor.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Lehrerbildungsgesetzes. Die Demokraten und Volksparteier haben ihre in dem Ausschuss abgeleiteten Änderungsanträge wieder eingebracht. Dazu den Antrag auf namentliche Schlußabstimmung.

Ueber die wichtige Materie hat der los. Abg. Räder einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstattet, den er als Aufsatz der Verhandlungen in großen Zügen mündlich vortrug. Nach den Vorschlägen des Entwurfes sollen besonders Lehrerbildungsanstalten gegebenenfalls mit Internaten eingerichtet werden. Diese Anstalten sind unabhängig von den Hochschulen, was jedoch nicht ausschließt, daß Hochschullehrer mit Lehraufträgen beauftragt werden. Der Unterricht selbst soll unentgeltlich sein. Der zweijährige Lehrgang an der Lehrerbildungsanstalt gilt der Fachausbildung. Die allgemeinen wissenschaftliche Ausbildung muß beim Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt abgeschlossen sein. Es sollen zunächst drei Lehrerbildungsanstalten und zwar in Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg errichtet werden. Freiburg und Heidelberg mit Internaten, Karlsruhe mit Internat und Charakter. Inwieweit hat der Ausschuss die Regierungs-

vorlage unverändert angenommen, während er den Paragraphen 45 folgende Fassung gab:

„Zum Eintritt in eine Lehrerbildungsanstalt kann zugelassen werden, wer das Reifezeugnis einer höheren Schule erworben hat. In Ermangelung geeigneter Abiturienten kann auch zugelassen werden, wer bei guter Behabingung nach Erlangung der Primarreife an einer höher. Lehranstalt einen einjährigen, in der Regel an den Lehrerbildungsanstalten eingerichteten Vorkurs besucht und die Schlußprüfung bestanden hat. Der Ausschuss beantragt mit 11 gegen 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen den Beschlüssen der zweiten Lesung zuzustimmen, ferner die Regierung zu ersuchen, die Frage der Errichtung einer Lehrerbildungsanstalt im Sinne des Entwurfes eines Gesetzes über die Uebernahme des Schulgesetzes tunlichst bald prüfen zu lassen, und endlich folgende Entschliessung anzunehmen: Der Landtag stellt fest, daß aus der zu Paragraph 45 beschlossenen Fassung gegenüber dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf befolgsrechtliche Forderungen nicht zu ziehen sind.“

Unterrichtsminister Kemele stellt fest, daß die Neuregelung der Lehrerbildung nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Eine Opposition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten besteht in dieser Frage nicht. Ein Lehrerbildungsgesetz mit den Demokraten gegen das Zentrum zu machen ist zahlenmäßig und politisch eine Unmöglichkeit. Nachdem nun Zentrum und Sozialdemokraten allein die Verantwortung zu tragen haben, ergibt sich die Notwendigkeit des Brüdenschlusses zwischen beiden Auffassungen. Der Entwurf will keinen Abschluß der Lehrerbildung darstellen. Er will die Voraussetzungen und Grundlagen für die Grundgedanken der Freiheit der Entwicklung bei Erhaltung des status quo und Ausschaltung der Bestandsauftragungen in den strittigen Punkten. Er will dem religiösen und sozialen Frieden im Volke dienen und den Zugang zum Lehrerberuf allen, also auch den unteren Volksschichten offen halten. An die Lösung des Problems sind wir nicht nur mit den Augen der Lehrerschaft, sondern auch mit jenen des Politikers heranzutreten, dessen Aufgabe es ist, das wirtschaftlich Tragfähige mit der Gestaltung des Gesetzes in Einklang zu bringen. An einer guten Volksschule und an einem tüchtigen Lehrerstand ist der Staat und insbesondere das arbeitende Volk zum mindesten ebenso interessiert wie die Berufsorganisationen der Lehrerschaft (Zustimmung bei der Mehrheit). Die extreme geistige Einstellung auf eine tragbare mittlere Linie zurückzuführen, ist meine Aufgabe. Die Alles-oder-Nichts-Politik ist allerdings nicht zufrieden. Dem Entwurf wird in erster Linie vorgeworfen, daß er die Hochschulbildung ablehnt. Die Erfahrungen in Thüringen und Sachsen lehren, daß die Einführung des akademischen Studiums für den Lehrerberuf nicht möglich ist. Bei unseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen wäre ein einseitiger Rückgang der Schullandstände die unausbleibliche Folge. Der genügende Nachwuchs wird nur garantiert durch Beförderungserhöhung oder Verbilligung des Studiums. Eine Beförderungserhöhung kann natürlich bei der beiderseitigen Finanzlaage auch nicht in Frage kommen. Der Minister beschäftigt sich dann mit den Eingaben der Lehrervereinigungen. Er sei erschocken über den rückwärtigen Standpunkt des badischen Lehrervereins, der von einer Verbilligung des Studiums fürchtet, daß unangehörige Elemente in den Lehrerberuf kämen. Dabei gelte doch der allgemeine Grundsatz, daß allen guten Kräften im Volke der Aufstieg ermöglicht werden solle. Das Abitur allein würde den sozial schwachen Schüler vom Lehrerberuf fernhalten und diesen auf eine gewisse Mittelschicht konzentrieren. Er habe nichts gegen eine kritische Würdigung des Entwurfes, es sei aber gerade in diesem Punkte eine Demagogie im schlimmsten Maße getrieben worden. Zu den Demagogengewand, sagte der Redner, sie seien aus Furcht vor der Verantwortung ausgetreten (lebhafter Widerspruch). Man soll doch die Schwierigkeiten für Männer, die die Verantwortung übernehmen, nicht verkennen und ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es trifft in keinem Falle zu, daß wir eine Beschränkung in die Simultanschule gelegt haben. An dem bestehenden Zustand wird nicht gerüttelt. Der Minister schließt: Wir und dem Unterrichtsministerium liegt nichts fern, als in der Frage der Lehrerbildung einen Rückschritt in die Wege zu leiten. Im Gegenteil: Unsere Arbeit hat zum Ziel, die politischen Schwierigkeiten zu überwinden und eine Lösung zu suchen in der Anpassung an die wirtschaftliche Tragfähigkeit unseres Volkes. Wir wollen dem Wohl der Volksschule nach besten Kräften dienen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Gaßler (Ztr.): Auch die Kirche müsse zu ihrem Rechte kommen und daher mit dem Staate Hand in Hand gehen. Wir sind gegen ein Staatsmonopol auf dem Gebiet der Schule und begrüßen deshalb den vorliegenden Gesetzentwurf. In der Frage der Lehrerbildung dürften die finanziellen Auswirkungen nicht übersehen werden. Die Hauptfrage sei: Wie sichern wir den Zugang zum Lehrerberuf? Das Zentrum halte am konfessionellen Grundcharakter des Seminars fest.

Abg. Maltz-Heidelberg (Soz.) beantragt die Haltung des Sozialdemokraten, die in dem Entwurf kein Ideal erblicken. Leider sei es nicht gelungen, zur Verbesserung der Lehrerbildung jetzt mehr herauszuholen. Seiner Partei sei es um den Versuch zu tun, die Ausbildung zu verbessern, wie es nach Lage der Dinge möglich sei. Man müsse dem Volke sagen, wie weit die Kraft zur Lösung des Problems reiche. — Fortsetzung Montag 9 Uhr.

Karlsruhe, 20. März. (Errichtung einer dritten Mädchenrealschule.) Nach einem Stadtratsbeschlusse wird unter Leitung der Fichteschule hier eine dritte Mädchenrealschule in der Schulhaus der Karl Wilhelm-Schule errichtet, für die die Stelle eines Direktors vorgezogen ist. Der Stadtrat hat dem Ausbau der Fichteschule (Mädchenrealschule) in der Schulform der zur Hochschullehre führenden Mädchenoberrealschule grundsätzlich zugestimmt.

Bretten, 20. März. (Verkehrsverhältnisse auf der Kraichgaubahn.) In dankenswerter Weise hat sich die Reichsbahndirektion Karlsruhe zu einer Herabsetzung der Sonderzuschläge bei den Theaterzügen Karlsruhe-Bretten bereit erklärt. Dieselben betragen nunmehr für die Strecken Karlsruhe-Bretten nur noch 45 B., Karlsruhe-Wäßingen 30 B. und Karlsruhe-Jöfingen 25 B. Damit ist die Erhöhung der Theaterpreise des Landes-Theaters zum großen Teil wieder ausgeglichen. Als ein erfreulicher Erfolg darf auch gebucht werden, daß der normalerweise 8.35 Uhr abends von Karlsruhe bisher abgehende letzte Zug nach Bretten verkehrsweise im Sommer an Sonn- und Feiertagen später gelegt wird insofern, als er in Karlsruhe erst um 10.40 Uhr abgeht mit unmittelbarem Anschluß an den beschleunigt geführten Sonntagszug von Offenburg her.

Bretten, 20. März. (Todesfall.) Oberpostmeister Epple vom St. Blasien, der als Nachfolger des von hier nach Schwellingen vertriehen Oberpostmeisters Adolph in Aussicht genommen war, ist gestorben. Hierdurch ist die Bekleidung des Postamtes Bretten wiederum frei geworden.

Buchen, 20. März. (In Amerika verunglückt.) Vor einem Vierteljahr hatte Juliane Stemmer Buchen verlassen, um in Amerika ihr Glück zu suchen. In der Nähe von Newport hatte sie ein neues Heim gefunden. Jetzt kommt von dort die Nachricht, daß Frä. Stemmer beim Arbeiten an einem

den, der mit Öl geheizt wird, verunglückte. Durch eine Explosion gerieten ihre Kleider in Flammen. Sie stürzte ins Feuer, um im Schutze die Flammen zu erlöchen; aber die Brandwunden waren so furchtbar, daß die Angestellte auf dem Wege zum Spital starb.

Mannheim, 20. März. (Anleihe der Stadt Mannheim.) Ein Konsortium unter Führung der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. hat 10 Millionen Mark 5prozentige Goldanleihe der Stadt Mannheim übernommen, rückzahlbar zu pari innerhalb 20 Jahren. Die Anleihe soll zum Kurse von 89 1/2 Prozent zum Verkauf kommen.

Mühlbach, 20. März. (Im Tode vereint.) Die Eheleute Gz-Anwieser von hier im Alter von 76 und 77 Jahren hatten sich beim Holzholen im Walde erkältet und starben nun an den Folgen einer Lungenentzündung. Der Gatte starb am Dienstag abend, die Gattin 24 Stunden später.

Freiburg, 20. März. (Vom Krankenlager Fehrenbachs.) Vom Krankenlager des früheren Reichstanzlers Fehrenbach wird berichtet, daß der Zustand des Patienten unverändert sehr ernst ist. Die Nacht ist für den Patienten sehr unruhig verlaufen.

Singen, 20. März. (Schwerer Unfall.) Ein Werkmeister des hiesigen Gaswerkes fuhr beim Einbiegen in die Hauptstraße mit seinem Motorrad in einen ihm entgegenkommenden städtischen Lastkraftwagen und wurde von diesem überfahren. Der Werkmeister erlitt sehr schwere Verletzungen.

Konstanz, 20. März. (Vom Technikum.) 60 Kandidaten haben die Schlußprüfung am Technikum Konstanz bestanden, davon 39 die Prüfung als Maschineningenieure und 21 als Elektroingenieure. Das Technikum wurde im vergangenen Schuljahr von 780 Hörern besucht; 507 waren für Maschinenbau und 273 für Elektrotechnik eingeschrieben.

Nadolszell, 20. März. (Der geprellte Dieb.) Ein wagemutiger Mann erkletterte zur Nachtzeit, wie die „Konstanzer Zeitung“ berichtet, den 25 Meter hohen Kamin der Nadolszeller, da er sich die goldene Blitzableiter Spitze aneignen wollte. Unter Lebensgefahr gelang ihm dies schließlich. Es stellte sich aber heraus, daß die Blitzableiter Spitze einfaches Eisen war mit einem einfachen Goldüberzug.

Leibertingen (Am Neckar), 20. März. (Brand.) Das dem Josef Frei gehörige unbewohnte Haus, in dem Holz- und Futtermittel untergebracht waren, ist abgebrannt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Aus Stadt und Land

— **Vorträge in den Schulen.** Der badische Unterrichtsminister hat an die Schulbehörden und Lehrer eine Verordnung erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß sich in letzter Zeit die Gesuche schulfremder Wanderlehrer und anderer Personen häufen um Genehmigung zu Vorträgen und Vorführungen innerhalb der Schulen. Da durch diese Vorträge

und Vorführungen der ordnungsmäßige Schulbetrieb gefährdet werden kann, wird allen Schulvorständen unterlagt, künftig ohne besondere Genehmigung des Unterrichtsministeriums Vorträge oder Vorführungen irgend einer Art innerhalb der Schulen durch Schulfremde zuzulassen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Künftighin bei Briand. Briand empfing den jugoslawischen Außenminister Antschich, der von Genf nach Paris zurückgekehrt ist. Die Unterredung bezog sich auf die endgültige Ausarbeitung des jugoslawisch-französischen Freundschaftsvertrages.

Küchlein französischer Truppen nach Frankreich. Seit drei Tagen durchziehen stärkere französische Truppenverbände die Stadt Neustadt a. d. S. Mehrere Schußlöcher wurden in Quartierzwecken freigegeben. Die Truppen kommen aus den französisch besetzten Brückenköpfen und werden nach dem Westen weiterbefördert.

Chamberlain wird Ehrenbürger von London. Nach der „Daily Mail“ werden viele Mitglieder des britischen Kabinetts, 8 Botschafter, zwei Außenminister in der Guildhall am Mittwoch anwesend sein, wenn Chamberlain das Ehrenbürgerrecht von London erhält. Fast alle Länder, die dem Völkerbunde angehören, würden bei der Zeremonie vertreten sein.

Großfeuer in Tokio. „Times“ berichtet aus Tokio, daß Freitag um 3 Uhr früh ein Feuer in Sugano, einer Vorstadt von Tokio, ausbrach, das innerhalb von 3 Stunden 800 Häuser zerstörte und 4000 Personen obdachlos machte.

Handel und Verkehr

Warenmarkt. Die Warenmärkte zeigen einen etwas besseren Geschäftsgang. Die Preisgestaltung hat sich nur wenig verändert. Unter anderem geschäftlichen Erfolgs hatte namentlich die diesjährige Textil- und Bekleidungsindustrie zu verzeichnen. In der Industrie hat sich vor allem die Lage bei der Automobilindustrie, die vor kurzem noch schwere Krisen zu überwinden hatte, infolge des Rückgangs der Exporte bedeutend gebessert. Die Berichte über die Textilindustrie sind ebenfalls bescheiden.

Wirtschaft. Die amtliche Großhandelsindexzahl der Statistik für den März betrug 117,3 gegenüber dem Stande vom 10. März (117,0) um 0,2 Prozent mehr. Von den Hauptgruppen haben nur die Waren für den Export um 11,3 auf 122,3 oder um 0,1 Prozent anwachsen, während die Waren für den Export um 128,3 auf 128,1 oder um 0,2 Prozent nachgaben.

Wirtschaftliche Wochenrückblick. Die Nachrichten von dem Scheitern der Wiener Verhandlungen über die Abfertigung der Anleihe aus. Die Kurse waren mehr uneinheitlich als abgesehen.

Geldmarkt. Am Geldmarkt herrscht ungewandelte Stille. Bei den Banken sammelt sich wieder größere Kassensummen an, die in jeder Zeit verfügbar sind. Die Banken sind in der Lage, die Liquidität zu decken, und die Zinsen sind niedrig.

Staatliche Einnahmen. Die Einnahmen der Staatseinnahmen für den März betragen 1,2 Milliarden Mark, was ein Plus von 100 Millionen gegenüber dem März 1923 darstellt.

Wirtschaftliche Wochenrückblick. Die Nachrichten von dem Scheitern der Wiener Verhandlungen über die Abfertigung der Anleihe aus. Die Kurse waren mehr uneinheitlich als abgesehen.

Geldmarkt. Am Geldmarkt herrscht ungewandelte Stille. Bei den Banken sammelt sich wieder größere Kassensummen an, die in jeder Zeit verfügbar sind. Die Banken sind in der Lage, die Liquidität zu decken, und die Zinsen sind niedrig.

Staatliche Einnahmen. Die Einnahmen der Staatseinnahmen für den März betragen 1,2 Milliarden Mark, was ein Plus von 100 Millionen gegenüber dem März 1923 darstellt.

Wirtschaftliche Wochenrückblick. Die Nachrichten von dem Scheitern der Wiener Verhandlungen über die Abfertigung der Anleihe aus. Die Kurse waren mehr uneinheitlich als abgesehen.

Geldmarkt. Am Geldmarkt herrscht ungewandelte Stille. Bei den Banken sammelt sich wieder größere Kassensummen an, die in jeder Zeit verfügbar sind. Die Banken sind in der Lage, die Liquidität zu decken, und die Zinsen sind niedrig.

Staatliche Einnahmen. Die Einnahmen der Staatseinnahmen für den März betragen 1,2 Milliarden Mark, was ein Plus von 100 Millionen gegenüber dem März 1923 darstellt.

Wirtschaftliche Wochenrückblick. Die Nachrichten von dem Scheitern der Wiener Verhandlungen über die Abfertigung der Anleihe aus. Die Kurse waren mehr uneinheitlich als abgesehen.

Geldmarkt. Am Geldmarkt herrscht ungewandelte Stille. Bei den Banken sammelt sich wieder größere Kassensummen an, die in jeder Zeit verfügbar sind. Die Banken sind in der Lage, die Liquidität zu decken, und die Zinsen sind niedrig.

Staatliche Einnahmen. Die Einnahmen der Staatseinnahmen für den März betragen 1,2 Milliarden Mark, was ein Plus von 100 Millionen gegenüber dem März 1923 darstellt.

Wirtschaftliche Wochenrückblick. Die Nachrichten von dem Scheitern der Wiener Verhandlungen über die Abfertigung der Anleihe aus. Die Kurse waren mehr uneinheitlich als abgesehen.

Geldmarkt. Am Geldmarkt herrscht ungewandelte Stille. Bei den Banken sammelt sich wieder größere Kassensummen an, die in jeder Zeit verfügbar sind. Die Banken sind in der Lage, die Liquidität zu decken, und die Zinsen sind niedrig.

Staatliche Einnahmen. Die Einnahmen der Staatseinnahmen für den März betragen 1,2 Milliarden Mark, was ein Plus von 100 Millionen gegenüber dem März 1923 darstellt.

Wirtschaftliche Wochenrückblick. Die Nachrichten von dem Scheitern der Wiener Verhandlungen über die Abfertigung der Anleihe aus. Die Kurse waren mehr uneinheitlich als abgesehen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Im Stalle der Georg Nitz Witwe in Linkenheim ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sverbezirk ist die Gemeinde Linkenheim. Beobachtungsgebiet sind die Gemeinden Hochstetten und Leopoldshausen. Die Gefahrenzone umfasst alle Gemeinden des 15 km-Umkreises. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15 km-Umkreis der Handel mit Klauentierprodukten, der ohne vorgängige Bestellung sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Ausschneiden von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Auskaufen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, 19. März 1923. (D. S. 49.)
Bad. Bezirksamt Abt. 11 b.

Für empfindliche und kranke Füße gibt es keine bessere Fußbekleidung als wie

Dr. Diehl-Stiefel

Wir erhalten täglich Anerkennungen. Verlangen Sie kostenlos unseren Katalog

Alleinverkauf Schuhhaus Stern

Karlsruhe
Karlsruherstraße 22.

Altpapier, Alteisen, Lumpen, sowie Metalle

kauft stets zu äußersten Tagespreisen
S. Blech, Schloßstraße
Telephon 403.

1a. trockenes Buchenbrennholz

— in Scheit oder gefügt — zu verlässen
Bürstenfabrik Durlach, Schillerstr. 16.

Achtung! Achtung!
Ca. 300 Rollen

Dachpappe

jede Nummer unterm Tagespreis abzugeben.
Zu erfragen im Verlag.

Evangel. Frauenbund Durlach.

Am Mittwoch, den 21. März, abends 8 Uhr, hält Frau Johanna Vertha Steinbrunn im Rathausaal einen

Lichtbildervortrag über Säuglingspflege.

Frauen und Mädchen werden dazu herzlich eingeladen.
Der Eintritt ist frei; doch werden beim Ausgange Gaben zur Kostendeckung dankbar entgegengenommen.

Durlach, den 22. März 1923.
Die Vorsitzende:
Mathilde Wolfhard.

Guter Nebenverdienst

für Beamte und Kaufleute auch zur Gründung einer Existenz durch Uebernahme einer Vertretung auf eigene Rechnung in Lichtreklame. Die Reklame ist bereits einseitig und wirkt nachweislich sehr großen Verdienst ab.

Offerten mit Angabe, welches Kapital wirklich käuflich, je nach Größe 70 — bis 5000 — unter Nr. 136 an den Verlag

Ferner werden tüchtig gut eingeführte Angelegenheiten gegen hohe Provision gesucht.

Haben Sie offene Füße?

Schmerzen? Jucken? Stechen? Brennen? dann gebrauchen Sie die 100fach bewährte Univerſal-Heilſalbe „Gentaria“, zu 1,25 Mk erhältlich in der Einhorn-Apotheke.

Berlora Empfohlen morgen auf dem Wochenmarkt:
1a Gefrierfleisch
Emil Schneider ja.

Frühkartoffel
Kaiserkrone, sowie Futterkartoffel sind zu haben.
Schroth, Ettlingerstr. 11 beim Büchhändler.

Meichen
einige Buntner sind zu verkaufen
Adlerstr. 13, 2.

Erklaffae Birnen-Hochstämme
in besten Tafelforten
solange Vorrat
zu ermäßigtem Preis
abzugeben
Heinr. Gardt,
Durlach Ettlingerstr. 11
Fernsprecher 192.

Uhren-Reparaturen
aller Art werden fachmännisch ausgeführt von
Karl Sebler
Uhrmachermeister
Wolffstr. 28
(Ecke Koonstraße)

Büsch-Divan
auch gutes Sofa, Bett, Kinderbett, Küchenschrank zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 137 an den Verlag.

Öffentliche Vorträge

in der Lesingshalle (alte Kaserne) Zimmer 3 in Durlach.

Dienstag, den 23. März, abends 8 Uhr
Moderner Fortschritt — am Abgrund

Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr
Die Zeit des Eades — Schwäger

und Spötter.
Fiedermann herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Jhr Wohlstand hängt mit sparen an
deshalb nehmt ein

Sparbuch

bei der
Volksbank Durlach E.

Bank und Sparkasse
— gegr. 1877. —

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Zur raschstmöglichen Anfertigung von
Paßbildern
empfiehlt sich
Hermann Traub, Durlach
Zehntstr. 7, Tel. 441.

Möbliertes Zimmer
m. elektr. Licht und separat. Eingang in der Nähe d. Bahnhofs per 1. April an Herrn od. Fräulein zu vermieten.
Zu erfragen im Berl.

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben, unvergesslichen Gatten, Vaters, Sohnes, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Ludwig Wilh. Postweiler
Landwirt

sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir Herrn Stadtvikar Burgstahler für seine tröstlichen Worte am Grabe, sowie dem Militärverein, dem Sängerverein u. Turnverein für den erhebenden Grabgesang, der Ein- u. Verkaufsgenossenschaft, dem Landbund, Ortsgruppe Au., der Gärtnerkrankenkasse Durlach für die Kranzniederlegungen und Nachrufe, sowie für die vielen Kranz- u. Blumen-spenden und allen denen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Durlach-Aue, den 22. März 1923.
Dietauernden Hinterbliebenen

Husten Sie?

so versäumen Sie keine Minute u. kaufen Sie die von Millionen tägl. gek. Kaiser's Brust-Caramellen!

Sie helfen Ihnen bei Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Krampf- u. Keuchhusten, daher hochwillkommen jedem.

7000 Zeugnisse von Aerzten u. Privatpersonen. Vor Erklärungen sind Sie geschützt, wenn Sie eine Kaiser-Caramelle im Munde haben. Paket 40 Pfg., Dose 90 Pfg. — Achten Sie auf die Schutzmarke 3 Tannen.

Zu haben bei: Löwen-Apotheke, Oak. Well, Jend's Einhornapotheke, H. Garton, Hirsch-Apotheke, Ernst Gromann, Blumen-Drog., J. Schaefer, Adler-Drog., H. Hinkelmann, Central-Drog., P. Vogel u. wo Plakate sichtbar.

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt

Den größten Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im
Durlacher Tageblatt